

**Vortrag von Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck vor Kompaniechefs und  
Teileinheitsführern der 1. Panzerdivision beim Truppenbesuch  
in Augustdorf am 26.06.2013**

Teile Ihrer Einheit werden Anfang nächsten Jahres in den Afghanistan-Einsatz gehen. Die meisten von Ihnen wissen aus eigener Erfahrung, was im Einsatz auf Sie zukommt. Dennoch stellen sich Ihnen gerade jetzt angesichts der Einsatzvorbereitung viele Fragen.

Katholische Militärseelsorge ist „Kirche unter Soldaten“. Lassen Sie mich diesen wichtigen Satz frei ergänzen: „Militärseelsorge ist Kirche unter Soldaten – und insbesondere auch unter deren Ehepartnern und Familien“. Dies ist umso bedeutsamer angesichts des formulierten Ziels der Neuausrichtung der Bundeswehr hin zur „Einsatzorientierung“. Die daraus resultierenden Mobilitätsanforderungen wie zunehmende Auslandseinsätze an weit entfernten Standorten und nicht selten unter gefährlichen Lebensbedingungen, aber auch so genannte Wochenendbeziehungen aufgrund von Versetzungen oder auch Standortauflösungen, stellen eine große Belastung dar. Die Herausforderungen der Auslandseinsätze beginnen nicht erst mit der Abreise. Vielmehr wirken sich wochenlange Vorbereitungsmaßnahmen schon lange vor dem Einsatz aus. Das Gleiche gilt für die Einsatznachbereitungsphasen in denen es die Erlebnisse zu verarbeiten gilt.

Eine Fragestellung für die Katholische Militärseelsorge angesichts der fordernden Einsätze für Leib, Leben und Familien ist: Wie können die betroffenen Soldatinnen und Soldaten, aber auch ihre Angehörigen, seelsorgerlich unterstützt werden, um auch mit den existenziellen Ängsten angesichts zunehmender körperlicher und psychischer Gefährdung besser umgehen zu können? Selbstverständlich bezieht sich dies in besonders intensiver Weise auch auf den traurigen Ernstfall einer Verwundung an Leib oder Seele sowie der seelsorgerlichen Begleitung Hinterbliebener.

Ich bin während meines Truppenbesuchs in Mazar-e Sharif und Kunduz im Herbst 2011 oft von Ihren Kameraden mit der Frage nach dem Sinn dieses Einsatzes konfrontiert worden. Diese Fragen werden auch Sie beschäftigen und vielleicht sogar mit ausschlaggebend sein, dafür, wie sie mit dem Erlebten vor Ort umgehen.

Nun ist es nicht die Aufgabe des Katholischen Militärbischofs, den ISAF-Einsatz zu begründen, dies ist Aufgabe der politischen Führung und des Parlaments, die Sie in den Einsatz schicken. Gleichwohl beteiligt sich die Katholische Kirche – wie die Evangelische Kirche auch – an der ethischen Auseinandersetzung über den ISAF-Einsatz in Afghanistan.

Und das auch im Sinne der Fürsorge gegenüber den Soldatinnen und Soldaten vor Ort, die den Sinn durchaus hinterfragen.

Gegenüber den Erwartungen und Hoffnungen, die den ISAF-Einsatz vor über 10 Jahren begleitet haben, ist große Ernüchterung eingetreten. Die hochfliegenden Erwartungen der Petersberger Konferenz und aller nachfolgenden Konferenzen zum Staatsaufbau in Afghanistan müssen heute deutlich nach unten korrigiert werden. Es war das wohlmeinende Ziel der Vereinten Nationen und aller in Afghanistan engagierten Staaten, nicht nur den internationalen Terrorismus zu bekämpfen und zu verhindern, dass das Land einen sicheren Rückzugsraum der Al Qaida darstellt. Vielmehr war allen beteiligten Akteuren klar geworden, dass unsere Sicherheit auch davon abhängt, dass sich die Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung grundlegend verbessern.

Etwas abstrakter formuliert: es ist der Staatengemeinschaft klar geworden, dass sich das eigene Interesse nach Sicherheit vor dem internationalen Terrorismus nur umsetzen lässt, wenn die sehr grundlegenden und berechtigten Interessen der afghanischen Bevölkerung nicht aus den Augen verloren werden. Nach 30 Jahren Krieg und Zerstörung war das Land am Rande der völligen Zerstörung; die Taliban haben während ihrer Herrschaft keinen Wiederaufbau betrieben. Sie alle wissen, dass es den allermeisten Afghanen 2002 kaum möglich war, grundlegende Bedürfnisse nach Nahrung, Gesundheitsvorsorge oder Bildung zu befriedigen.

Angesichts einer solch katastrophalen Situation hat die Staatengemeinschaft aus humanitären Gründen wie auch aus einem wohlverstandenen Eigeninteresse einen umfassenden Plan zum Wiederaufbau Afghanistans entwickelt – von der staatlichen Verwaltung, über grundlegende Infrastruktur bis hin zu dem Sicherheitssektor wie dem Bildungs- und Gesundheitssystem. Hier ist vieles erreicht worden: Gegenüber der Situation vor 12 Jahren hat sich das Leben vieler Afghanen erheblich verbessert. Nicht nur die materielle Seite des Lebens ist für einen guten Teil der afghanischen Bevölkerung nicht mehr so katastrophal. Gerade das gesellschaftliche Klima hat sich nach dem Ende der Schreckensherrschaft der Taliban verändert, wie ein Blick auf das Bildungssystem oder die veränderte Situation vieler afghanischer Frauen zeigt.

Zugleich wissen wir heute, dass viele Fehler gemacht worden sind und es viele Rückschläge gegeben hat. So war es in der Rückschau betrachtet falsch, zur Herstellung der Sicherheit im Land nach dem Ende der Herrschaft der Taliban 2001 mit Milizenführern und ehemaligen

*warlords* zu kooperieren. Dies hat dazu geführt, dass das staatliche Gewaltmonopol für die afghanische Polizei auch in absehbarer Zeit kaum durchsetzbar ist, weil lokale und regionale Akteure stärker sind. Es ist zu dieser ungeliebten Kooperation allerdings zwangsläufig gekommen, weil alle in Afghanistan engagierten Staaten äußerst zurückhaltend waren, die erforderlichen Mittel zur Durchsetzung der Sicherheit im Land auch bereit zu stellen. Die Verlegung der US-amerikanischen Truppen in den Irak Anfang 2003 hat die ohnehin fragile Sicherheitslage noch einmal verschlechtert. Eine der Lehren hieraus muss sein, dass die zum Erreichen des Zieles notwendigen Mittel auch bereit gestellt werden müssen. Oder anders gesagt, wer das Ziel will, muss auch die Mittel wollen, um das Ziel zu erreichen.

Ein sehr viel grundlegender Fehler der Anfangszeit wird sukzessive korrigiert: Die ersten Entscheidungen über die politische Struktur Afghanistans ist in den Hauptstädten des Westens gefällt worden, nicht in Kabul. Das Ergebnis ist ein Präsidialsystem nach US-amerikanischem Vorbild mit einem Parlament westlichen Zuschnitts. Dahinter stand die Idee, dass Demokratie durch Wahlen „von oben“ eingeführt werden kann. Mittlerweile ist allen beteiligten Akteuren klar geworden, dass die afghanische Bevölkerung bzw. ihre Repräsentanten bei der Entscheidung über ihre politische Zukunft mitgenommen werden müssen. Die europäischen Völker hatten mehrere Jahrhunderte Zeit, die rechtsstaatliche Demokratie zu entwickeln. Wie sollte Afghanistan in wenigen Jahren den Sprung von einer oftmals patriarchalisch geprägten Clan- und Klientelstruktur zu einer parlamentarischen Demokratie bewältigen. Fragen der politischen Herrschaft, des Rechtssystems, ja eigentlich alle Fragen der Ordnung des gesellschaftlichen Lebens haben ihre Wurzeln in unserer Vorstellung vom Menschen und sind getragen von der jeweiligen Kultur. Wir wissen heute, dass es ein Fehler war, einen Staatsaufbau für Afghanistan zu entwickeln, der glaubte, von den Eigenheiten der afghanischen Kultur absehen zu können. In dem Maße, in dem die Entscheidung über die Zukunft Afghanistans in der Hand der Afghanen übergeht, wird dies auch seinen Niederschlag im politischen System finden. Darin liegt die große Chance der derzeitigen Übergabe der Verantwortung in afghanische Hände.

Dies bedeutet aber auch, einen tragfähigen politischen Kompromiss mit allen gesellschaftlichen Gruppen Afghanistans zu suchen. Sie alle wissen, dass dies auch heißt, die unter dem Begriff „Taliban“ zusammen gefassten militanten Aufständischen in einen solchen politischen Prozess einzubinden. Ein Blick in die Tageszeitung macht schon hinreichend klar, dass es alles andere als sicher ist, ob es gelingen wird, Afghanistan vor einem erneuten

Bürgerkrieg zu bewahren und wirklich zu einem auch nur ansatzweise stabilen politischen Zustand zu kommen.

Nun ist mir aus vielen Begegnungen mit Ihren Kameraden in Afghanistan klar geworden, dass Sie sich zu Recht fragen, ob es sich für solche wagen Aussichten lohnt, das eigene Leben zu riskieren. Macht ein Einsatz Sinn, wenn die politischen Ziele der ISAF-Mission laufend nach unten korrigiert werden müssen und die Zukunft Afghanistans derzeit eher düster zu sein scheint? Macht der Einsatz Sinn, wenn große Fragezeichen hinter der Fähigkeit der afghanischen Sicherheitskräfte stehen, die Sicherheit im Land nach 2014 dauerhaft zu gewährleisten? Sollen Sie Leib und Leben riskieren, wenn die politische Elite des Landes offenbar eher an den eigenen Vorteil denkt als an das Gemeinwohl des afghanischen Volkes?

Es gehört zu einer ehrlichen Analyse der Situation in Afghanistan, die Risiken zu benennen und die Gefahr eines Scheiterns der internationalen Anstrengungen nicht zu verharmlosen. Gleichzeitig gehört zu einer realistischen Betrachtung der Lage aber auch, die – nach wie vor bestehenden – Chancen zu sehen und zu bewerten.

Sowohl die internationale Gemeinschaft als auch die afghanischen Machthaber haben Konsequenzen aus den Fehlern der ersten Jahre gezogen. So ist der sogenannte *afghan footprint* in den Entscheidungen deutlicher geworden. Mit der „*National Consultative Peace Jirga*“ (NCPJ), die erstmals im Juni 2010 in Kabul zusammen gekommen ist, hat die afghanische Gesellschaft einen erheblichen Schritt gemacht, selber die politischen Geschicke Afghanistans in die Hand zu nehmen. Die afghanische Gesellschaft findet hier umfassendere Repräsentation als in früheren im Dezember 2001.

Seit 2011 hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Frieden und Sicherheit in Afghanistan nur durch einen Versöhnungsprozess erreicht werden können. Frieden schließt man nicht mit einem Freund, sondern mit dem Gegner. Daher ist es völlig konsequent, alle Möglichkeiten auszuloten, um die Taliban in einen politischen Prozess herein zu holen. Das ist leichter gesagt als getan, wie die derzeitige Kontroverse um die Verhandlungsführung schon zeigt und die Schwierigkeiten werden weitergehen – nicht zuletzt deshalb, weil noch nicht einmal ein Waffenstillstand erreicht ist und Anschläge und Kämpfe weitergehen.

Ihre Aufgabe wird es im kommenden Jahr sein, das Zeitfenster für eine solche politische Entwicklung offen zu halten. Damit leisten sie zuerst einmal einen Dienst an der afghanischen Zivilbevölkerung, die auf die politische Entwicklung in ihrem Land kaum Einfluss nehmen kann und ums tägliche Überleben kämpft. Aus einer christlichen und ethischen Perspektive

wird immer zuerst für die Armen und Schwachen optiert. Dies bedeutet im Blick auf Ihren Einsatz, dass Sie für den Schutz derjenigen eintreten (und eintreten sollen), die am meisten leiden und sich am wenigsten wehren können. Dies ist in Afghanistan die Zivilbevölkerung; seit 30 Jahren leben die Menschen dort fast ununterbrochen in einem Bürgerkrieg. Gegenüber der afghanischen Bevölkerung sind wir in besonderer Weise verpflichtet, weil Deutschland seit 2006 im Norden Afghanistans eine besondere Verantwortung für die Sicherheit und den Staatsaufbau übernommen hat. Damit haben wir in der afghanischen Bevölkerung Hoffnungen geweckt und eine Verpflichtung übernommen, die es zumindest nicht erlaubt, dem Land baldmöglichst den Rücken zuzukehren, weil sich die Erfolgsaussichten verschlechtert haben. Der Verweis auf diese Verpflichtung gegenüber der afghanischen Bevölkerung ist meiner Ansicht nach die moralisch tragfähigste Begründung Ihres Einsatzes. Die afghanische Bevölkerung ist noch darauf angewiesen, dass ihre eigenen Sicherheitskräfte, die teilweise noch aufgestellt werden und sich noch in Ausbildung befinden, unterstützt werden.

Und natürlich stellt der zaghafte diplomatische Prozess noch lange keine tragfähige Vereinbarung über die politische Zukunft des Landes dar. Aber es hat den Anschein, dass den politischen Akteuren in Afghanistan wie auch den relevanten externen Akteuren klar geworden ist, dass kein Seite gewaltsam eine Lösung in ihrem Sinne erzwingen kann - und folglich zu einer politischen Lösung keine wirkliche Alternative besteht.

Dabei muss die internationale Gemeinschaft – und eben auch Deutschland – ihren Einfluss geltend machen, damit es keine Rückkehr zur Schreckensherrschaft unter der Taliban-Herrschaft in den 6 Jahren von 1996-2001 gibt. Es wird unser aller Aufgabe sein, die Bundesregierung in Zukunft daran zu erinnern, dass sie von einer „Transformationsdekade von 2014 bis 2025“ (Fortschrittsbericht 2011) spricht. Deutschland hat sich verpflichtet, auch in den kommenden 10 Jahren Afghanistan beim Aufbau seines Staates und der Entwicklung seiner Gesellschaft zu unterstützen. Dies darf keine Ankündigung sein, die bald zu den Akten gelegt wird – dies sind wir alle auch Ihnen schuldig, den Soldaten, die angesichts einer immer noch hohen Gefährdungslage in den Einsatz geschickt werden. Nur wenn zugleich die politische Nachhaltigkeit gewährleistet ist, lässt sich der Einsatz der deutschen Soldaten in Afghanistan auch verantworten. Damit Ihr Einsatz im kommenden Jahr Sinn macht, muss die Ankündigung des Fortschrittsberichts der Bundesregierung aus dem Jahr 2011 eines „auf Jahrzehnte angelegten internationalen Engagement“ auch eingelöst werden.